

mittendrin

Ausgabe 10/2010
Informationen des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

Es ist Zeit für eine neue Bürgerbewegung

DIE LINKE ist bereit für einen heißen Herbst



Foto: Archiv

Solidarität mit den Protesten in Stuttgart – mit dabei DIE LINKE in Berlin Mitte.

Der heiße Herbst für die bundesdeutsche Politik kam anders als es sich mancher dachte – und vor allem kommt der Protest auch aus einer bislang für Proteste eher unauffälligen Region Deutschlands: In Stuttgart versammeln sich zehntausende bei Montagsdemonstrationen gegen das Infrastrukturprojekt Stuttgart 21. Auch in Berlins Mitte gehen Menschen auf die Straße, allein in den letzten Wochen mehrmals: Gegen Überwachung und Datenmissbrauch sowie gegen die Atompolitik der Bundesregierung. Aber auch aus Solidarität mit den Protestierenden in Stuttgart nach den gewaltigen Übergriffen der dortigen Polizeikräfte am 30. September.

An diesem Donnerstag wurde mit einer nicht für möglich gehaltenen Gewalt der Protest gegen Stuttgart 21 nieder geknuppelt. »Die Polizei setzte massiv Pfefferspray und andere Reizgase ein. Wasserwerfer schossen mit 20 Bar Druck in die Menge. Der direkte Aufprall auf den Körper führt zu Rippenbrüchen und mindestens zwei Demonstranten haben wohl ihr Augenlicht verloren, weil der Wasserstrahl sie direkt ins Auge traf. Rund 380 verletzte Demonstranten wurden insgesamt gezählt,« so der Kommentar von Michael Schlecht, Bundestagsabgeordneter der LINKEN aus Baden-Württemberg. Auch der Parteivorstand erklärte die Solidarität der LINKEN mit den Protesten.

Viele Menschen lehnen Stuttgart 21 ab,

weil es selbst in der relativ reichen Schwabenmetropole massive soziale Missstände gibt. »Die Kinderarmut ist hoch und 3000 Kita-Plätze fehlen. In vielen Schulen bröckelt der Putz von den Decken. Und an den Hochschulen herrscht Mangelverwaltung.«, so die Erklärung des Parteivorstandes. »Das alles passt nicht zusammen mit der Verpulverung von Milliarden für ein Wahnsinnsprojekt. Es kommt hinzu, dass in Stuttgart 21 die Milliarden vergraben werden, die für Neubau und Ertüchtigung vieler anderer ökologisch wichtiger Bahnprojekte auf Jahrzehnte fehlen werden. Insoweit ist nicht nur ganz Baden-Württemberg betroffen, sondern auch andere Bundesländer.«

Die Kürzungspläne der schwarz-gelben Bundesregierung haben überall im Land zu großem Unmut geführt, der sich bisher jedoch nur punktuell in öffentlichem Protest und Widerstand zeigt. Die beiden Demonstrationen unter dem Motto »Wir zahlen nicht für Eure Krise!« in Berlin und Stuttgart am 12. Juni mit mehr als 40 000 TeilnehmerInnen waren ein gutes, aber noch nicht ausreichendes Zeichen!

Das jedoch ist notwendig, weil sich in diesem Herbst entscheidet, ob es den konservativen und neoliberalen Kräften gelingt, die Politik der Umverteilung von Unten nach Oben fortzusetzen und die kleinen Leute die Zeche zahlen zu lassen, oder ob wir gemeinsam mit den betroffenen Menschen, Gewerkschaften, Sozialverbänden und den sozialen Bewegungen das unsoziale Sparpaket verhindern können.

Deshalb wird DIE LINKE nachdrücklich ihre Position auf Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene fortführen, genauso wie wir auch das Recht auf politischen Streik, auch gegen Entscheidungen, die schon gefallen sind, weiter auf die Tagesordnung setzen. Wir denken, das würde der politischen Kultur in unserem Lande gut tun. In diesem Sinne wird es Zeit für eine neue Bürgerbewegung, die sich auch gegen die soziale Ungerechtigkeit in unserem Land richtet. **Christoph Nitz**

Umweltkonferenz der LINKEN Berlin

Lebensqualität für alle – Umweltgerechtigkeit und sozial-ökologischer Umbau in Berlin

Sonnabend, 9. Oktober, 10 – 17 Uhr

GLS Campus, Kastanienallee 82, 10435 Berlin

Programm unter: www.die-linke-berlin.de

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,

Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Das JobCenter Mitte hat es in den Sommermonaten geschafft, in die Schlagzeilen zu kommen – allerdings mit schlechten Nachrichten. Eine Revision über die rechtmäßige Durchführung von Eingliederungsmaßnahmen förderte hohe Fehlerquoten zu Tage. Daraufhin wurden ab 1. Juli alle neu zu beginnenden Maßnahmen gestoppt und einer Tiefenprüfung unterzogen. Als Folge konnten nur 10 von 66 Maßnahmen begonnen werden, wodurch weniger als die Hälfte der geplanten Langzeitarbeitslosen Fördermaßnahmen erhielten.

Es wird prognostiziert, dass bis Jahresende mehr als zehn Millionen Euro Eingliederungsmittel nicht mehr ausgegeben werden können. Das war für die Bezirksverordneten politischer Anlass genug, um in ihrer Septembersitzung während einer thematischen Stunde die Probleme im JobCenter Mitte und deren Folgen zu diskutieren. Dabei wurde wieder einmal deutlich, dass die seit Jahren nicht ausgeräumten Querelen innerhalb der verschiedenen Leitungsebenen des JobCenters – in nur wenigen Jahren wechselte allein dreimal der Geschäftsführer – das Arbeitsklima vergiften und eine grundlegende Korrektur bereits mehrfach beanstandeter Fehler verhindern. Die BVV kann das wortreich feststellen, es zu beenden unterliegt jedoch nicht ihrem Einflussbereich.

Bei aller Kritik an den hausgemachten Problemen des JobCenters Mitte geht unsere Kritik als Linke weit darüber hinaus. Es sind die

Blick aus dem Amt:

Oasen in der Großstadt

Regelmäßig tagt in Mitte die bezirkliche Spielplatzkommission. Deren Aufgabe ist es neben anderem, für eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Spielplätzen zu sorgen, den Erhalt und die Sicherheit der Anlagen zu überwachen und eine entsprechende Ausstattung zu sichern. Dabei ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten.

Die Spielplatzkommission befasste sich im September 2010 auch mit dem Stand der Spielplatzentwicklungsplanung des Bezirkes. Nach Angaben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erfüllt Berlin nur zu knapp 60 Prozent den geltenden Standard. In Mitte haben wir ein Defizit in der Versorgung mit öffentlichen Spielplätzen von ca. 33 Prozent. Das entspricht einer Fläche von rund 108 000 Quadratmetern. Damit stehen wir im bezirklichen Vergleich und angesichts der knappen Flächen in unserem hochverdichteten Bezirk zwar recht gut da. Doch das ist kein Grund, zufrieden zu sein. Dies auch deshalb, weil diese Flächen u. a. eine große soziale Funktion haben. Viele der hier lebenden Kinder und Jugendlichen sind mangels Alternativen auf diese Angebote für Spiel, Spaß und Bewegung angewiesen. Die Spielplatzkom-



JobCenter Mitte im Visier der Bundesagentur

irrsinnigen Regelungen des Hartz IV-Gesetzes, die einer sinnvollen Eingliederung von Langzeitarbeitslosen entgegenstehen. Wer glaubt, mit Profiling, Marktanpassung und gehörigem Druck auf die Betroffenen eine Eingliederung auf den Erster Arbeitsmarkt zu erreichen, geht an der Realität vorbei. Der viel beschworene Erste Arbeitsmarkt braucht jetzt und zukünftig immer weniger Arbeitskräfte. Dagegen wächst in jenen gesellschaftlichen Bereichen der Bedarf an Arbeit, die keinen Gewinn abwirft und auch immer weniger von den öffentlichen Verwaltungen geleistet wird. Hier müssen dauerhafte und existenzsichernde Arbeitsplätze geschaffen werden. Dazu ist eine grundlegende Änderung im System der Arbeitsmarktpolitik erforderlich.

mission hat beraten, wie wir weitere Flächen aktivieren und nutzbar machen sowie vorhandene besser ausstatten können. Letztendlich alles eine Frage der Finanzen, aber auch der kreativen Potenziale. Dies wurde deutlich angesichts der Präsentation des Projektes der »Bewegungslandschaft Moabit«, das von Berlin bewegt e.V. in Kooperation mit dem Quartiersmanagement Moabit West und dem Bezirksamt Mitte gemeinsam mit weiteren Partnern entwickelt und realisiert wird. Weiterhin befasste sich die Spielplatzkommission mit dem notwendigen Austausch von Spielgeräten und dessen Finanzierung. Ein interessantes weiteres Thema war die Bereitstellung von Spiel- und Bewegungsflächen für die Generation 55 plus und mögliche Doppelnutzungen. In der nächsten Beratung im November geht es u. a. um



den Stand der Öffnung der Schulhöfe für Spiel und Spaß. Eine große Herausforderung und gemeinsame bezirkliche Verantwortung.

Petra Schrader
Bezirksstadträtin für
Jugend, Schule und Sport

Ergebnisse der BVV-Sitzung

Anfragen u.a.:

■ **Welche Ergebnisse** brachte die Tiefenprüfung aller Eingliederungsmaßnahmen im Jobcenter Mitte und welche Schlussfolgerungen wurden bisher gezogen? Sind die Beanstandungen im Jobcenter Mitte Folge einer ungenügenden Kontrolle der Maßnahmen durch die Leitung des Jobcenters, der Trägervertretung und der politischen Führung? In welcher Höhe belaufen sich gegenwärtig die nicht verausgabten Eingliederungsmittel und welche Maßnahmen werden die Trägervertretung und die Leitung des Jobcenters ergreifen, um den »Rückstau« bei den geplanten Arbeitsgelegenheiten abzubauen und die vorhandenen Mittel für die Arbeitsuchenden noch in 2010 einzusetzen? (DIE LINKE) 1771/III

Beschlossen u.a.:

■ **Das Bezirksamt wird ersucht**, die frühzeitige Bürgerbeteiligung für den B-Plan 1-64 unverzüglich anzuhalten. Die Widersprüche in der Vorlage des Bezirksamtes für die Einleitung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung vom Juli 2010 einerseits und dem BVV-Beschluss vom 20. Mai andererseits sind zu bereinigen. Der Beschluss der BVV bildet die Grundlage für die Durchführung der Bürgerbeteiligung. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung wird fortgeführt auf der Grundlage der Beschlüsse der BVV vom 20. Mai (Drs. 1682/III) und des Bezirksamtes vom 4. Mai. Die bisherigen Einsprüche behalten ihre Wirkung. Das Bezirksamt gewährleistet die elektronische Einspruchsmöglichkeit. (DIE LINKE) 1803/III

■ **Das Bezirksamt wird ersucht**, die BVV über die beabsichtigte Grundstücksübergabe des landeseigenen Grundstückes Bernauer Str. 65, 65A / Wolliner Str. 22 im B-Plangebiet 1-64 zu informieren. Die Information über die Grundstücksübergabe soll sämtliche Bedingungen, weitere Leistungen des Bezirkes und Gegenleistungen des Grundstücksentwicklers aufzeigen. (DIE LINKE) 1800/III

Abgelehnt u.a.:

■ **Das Bezirksamt wird ersucht**, den Beschluss des Petitionsausschusses und den Beschluss des Ausschusses für kulturelle Angelegenheiten des Berliner Abgeordnetenhauses vom 30. August 2010 zu respektieren und zur Grundlage des bezirklichen Handelns zu machen. Demnach finden ab dem 1. Januar 2011 keine kommerziellen Veranstaltungen auf dem Bebelplatz statt. (DIE LINKE) 1796/III

Forscher wollten wissen:

Sind Sie schon »richtiger Bundesbürger«?

Im Auftrag der »Volkssolidarität« hat das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg eine aktuelle Studie erarbeitet. Sie wurde jetzt als »Sozialreport 2010« veröffentlicht. Darin wird Auskunft gegeben über Ergebnisse wie Defizite der deutschen Einheit. Ermittelt wurde ebenso, wie sich diese Tatsachen in den Meinungen der Deutschen in Ost und West widerspiegeln. »mittendrin« blätterte in den über 120 Seiten.

2090 Deutsche gaben Auskunft. Ihre Auswahl sicherte repräsentative Ergebnisse. Die in der Überschrift gestellte Frage haben 25 Prozent der Ostdeutschen mit Ja beantwortet. Nur jeder Vierte nach zwanzig Jahren? Immerhin - 1995 waren es nur 9 Prozent. Aber was fehlt denn der Mehrheit auch heute noch? In der Studie finden sich Antworten, die nachdenklich machen sollten.

Sich zu fühlen als »richtiger Bundesbürger« - das bedeutet mehr als Identifikation mit dem Grundgesetz. Es bedeutet ebenso Identifikation mit den realen sozialen und ökonomischen Verhältnissen, mit Lebenszielen und Wertvorstellungen, die sich für DDR-Bürger nach 1990 gravierend verändert haben.

Was gefällt und was missfällt den Ossis?

»Zufrieden oder sehr zufrieden« sind Ostdeutsche (Angaben in Prozent) mit den Lebensbereichen: Wohnung (79), Partnerschaft (68), Freizeit (61). Für 18-59-Jährige wird auch Arbeit mit 54 Prozent so bewertet. Das Gesundheitswesen liegt niedriger (23).

»Unzufrieden oder sehr unzufrieden« sind Ostdeutsche mit der sozialen Gerechtigkeit (62), der wirtschaftlichen Situation (58), dem Verhältnis Einkommen/Preise (56) mit dem persönlichen politischen Einfluss (43) und mit dem Gesundheitswesen (34).

Etwas vereinfacht: Zufriedenheit umfasst eher das individuelle Befinden. Unzufriedenheit gilt den gesellschaftlichen Zuständen. Die nachteiligen Lebensbedingungen in Ostdeutschland sind den Menschen sehr bewusst. Sie spiegeln sich auch in den Vorstellungen zur künftigen Entwicklung. In der



Vorstellung des Sozialreports

Studie wurde gefragt: »Was meinen Sie, in wie viel Jahren werden die Einkommen angeglichen sein?« 1994 hofften 75 Prozent der Ostdeutschen auf fünf bis zehn Jahre, 2010 glauben das nur noch 19 Prozent. Realität demolierte die Erwartungen nachhaltig.

Kein Vertrauen zu Schwarz-Gelb

2009 hatte die Koalition aus CDU-CSU-FDP vereinbart, »die Lebensverhältnisse in Deutschland bis 2019 bundesweit weitgehend anzugleichen«. In der Studie wurden die Menschen gefragt: Halten Sie diese Zielstellung für real? Die Antwort mehrheitlich: Nein! (Ost 66), (West 53), (Deutschland 56). Nur eine Minderheit sagte: Ja! (Ost 17), (West 25), (Deutschland 23).

Sehr konkrete eigene Erfahrungen bewahren anscheinend viele Menschen vor der Illusion, dass Wahlversprechen auch mal eingehalten werden könnten. Wir sollten das als gesellschaftlichen Auftrag verstehen, denn: Schon im Sozialreport 2006 haben 45 Prozent der unter 30jährigen folgende Position unterstützt: »Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige Ordnung.«

Heinz Grote

Die Studie ist unter www.volkssolidaritaet.de/cms/sozialreport_2010_deutsche_einheit.html zu finden

Die Volkssolidarität in Mitte

Wie in allen Berliner Stadtbezirken ist auch in unserem Bezirk Mitte die Volkssolidarität äußerst aktiv. Es liegt in der historischen Entwicklung der Jahre seit 1990, dass die Aktivitäten in den östlichen Bezirken besonders groß sind. Immerhin gibt es diesen Verband im Osten seit nunmehr 65 Jahren.

Die Volkssolidarität zählt in unserem Stadtbezirk rund 2200 Mitglieder, die in 19 Ortsgruppen zusammen gefasst sind. Die Gruppen organisieren ihre Arbeit weitgehend selbst. Natürlich steht im Mittelpunkt das gesellschaftliche Zusammensein - niemand soll sich allein gelassen fühlen. Jedermann, ob Mitglied oder nicht, ist willkommen.

In den letzten Jahren hat die Informations- und Beratungstätigkeit des Verbandes stark zugenommen. Ob Rechtsfragen des Alltags oder Mietfragen - die Volkssolidarität bietet Beratung an.

Vor diesem Hintergrund ist es natürlich wichtig, dass der Verband für seine Arbeit die nötige materielle Unterstützung erfährt. Gerade Zeit wurde ernsthaft erwogen, einen der Hauptstützpunkte, die Begegnungsstätte Torstraße 203, zu schließen. Nach langen Beratungen mit den Verantwortlichen des Stadtbezirks wurde entschieden, das Objekt zu erhalten und zu sanieren. In Kürze werden die Räume der Arbeit des Verbandes wieder zur Verfügung stehen. Vor diesem Hintergrund sieht der Vorsitzende des Bezirksverbandes Mitte der Volkssolidarität, Max Mütze, eine solide Grundlage für die weitere Arbeit.

Denis Ruh

DIE LINKE Berlin-Mitte im Netz

www.die-linke-berlin-mitte.de

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »mittendrin« zum Herunterladen.

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.

An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstraße 145, 10115 Berlin und am letzten Mittwoch jedes Monats im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, Raum 505 - 5.Etage.

Kurznachrichten

Jobcenter Mitte in der Kritik

Eine interne Prüfung der Agentur für Arbeit zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen hat ergeben, dass Mitarbeiter des Jobcenters Mitte Arbeitslose in Jobs vermittelt haben, ohne die erforderlichen Unterlagen einschließlich bestimmter Kriterien für Langzeitarbeitslose zu prüfen. Viele vermittelte Beschäftigte haben demnach mehr monatlichen Zuschuss erhalten als ihnen zugestanden hätte. Etwa 1000 von ihnen sind von dem Missstand betroffen. Rund 4,7 Millionen Euro sind laut Prüfbericht zu viel gezahlt worden. Seit Juni hat die Arbeitsagentur die Vergabe von Jobs in Mitte vorläufig gestoppt.

Abriss eines Parkhauses

Aufmerksamkeit findet der zum Ende des Jahres angekündigte und schon vorbereitete Abriss des Parkhauses gegenüber der Komischen Oper an der Behrenstraße. Wie die Opernintendanz mitteilte, habe man mit dem Parkplatzbetreiber an der Glinka- und Französischen Straße gleich um die Ecke eine Vereinbarung getroffen, dass Opernbesucher jetzt für eine Pauschale von drei Euro abends ab 18 Uhr dort parken können. Zahlen, inwieweit die Kapazität ausreicht, liegen nicht vor.

Bibliothek fördert Mehrsprachigkeit

Seit Anfang September und noch bis 29. Oktober macht die Bibliothek am Luisenbad, Travemünder Straße 2, in Wedding mit zweisprachigen Kinderbüchern auf sich aufmerksam. Man hat sich das Ziel gesetzt, vor allem Kinder und deren Eltern beim Sprachenerwerb zu fördern. Die gern aufgenommene Aktion wird auch von einem Netzwerk Mehrsprachigkeit unterstützt. Kürzlich wurde in der Bibliothek mit viel Spaß in verschiedenen Sprachen vorgelesen.

Anwohner sollen mitfinanzieren

Die Fahrbahnen an der Burgstraße und ein Abschnitt der Anna-Louisa-Karsch-Straße im alten Berliner Stadtzentrum sind – wie es so schön heißt – verschlissen und müssen erneuert werden. Reparaturen seien zum größten Teil nicht mehr möglich, teilte das Bezirksamt mit. Unter Hinweis auf das (Achtung!) Straßenausbaubeitragsgesetz sollen sich die Anlieger an den Kosten beteiligen. Die Investition liege voraussichtlich bei etwa 310 000 Euro. Ungefähr die Hälfte davon könne auf die Anlieger umgesetzt werden.

Quellen: Berliner Tageszeitungen

mittendrin · 10 / 2010

Menschen in Mitte

Wilfried Jugl Für sozial schwache Mieter einsetzen

Ungewissheit und Angst gehen um in Wohngebieten in der Mitte Berlins. So soll unter der Losung »Umbau West« die bisher beschauliche Gegend zwischen Lehrter- und Heidestraße in eine protzige »Euro-City« neben dem Hauptbahnhof verwandelt werden. Wichtige Hotels und Bürohochhäuser wachsen aus dem Boden.

»Sozial schwache Mieter werden verdrängt«, protestiert der Leiter der Bezirksgruppe des Berliner Mietervereins, Wilfried Jugl. »Einer der schlimmsten Fälle dabei ist der der 55 betagten Bewohner des Seniorenwohnhauses Lehrter Straße 67, das abgerissen und einem Verwaltungsgebäude der Stadtmission weichen soll.« Die Bezirksgruppe, mit über 13 000 Mitgliedern eine der größten Vertretungen des Mietervereins der Hauptstadt, mischt sich ein, traf sich mit Betroffenen, besprach gemeinsame Aktionen mit Bürgerinitiativen von Tiergarten. Eine Aussprache beim Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Ephraim Gothe, ist geplant.

Mit konstruktiven Angeboten Mieterinteressen durchsetzen

Sorgen bereiten Wilfried Jugl und seinen Mitstreitern im Moment auch die Pläne von Bayer-Schering, zur Errichtung einer neuen Konzernzentrale zwischen Fennstraße und Nordhafen ein großes Wohnhaus mit 22 Mietparteien – vor vier Jahren erst modernisiert – »zurückzubauen«. »Die betroffenen Mieter gründeten eine Initiative zum Erhalt ihrer Wohnungen. Wir haben mit ihnen gesprochen und Unterstützung zugesichert«, informiert der 70-Jährige. »Unser Jurist berät die bedrängten Bewohner. Wir werden jede Möglichkeit nutzen, um im Bauausschuss des Bezirksamtes die Anliegen vorzutragen und uns an alle Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung wenden, um sie für die Unterstützung der Mieter zu gewinnen.«

Gleich nach seiner Wahl zum Bezirksleiter im März hatte sich Wilfried Jugl zusammen mit weiteren Leitungsmitgliedern mit dem Bezirksbürgermeister Christian Hanke über die anstehenden Probleme und Aufgaben ausgetauscht. Nächster Gesprächspartner war der Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft Mitte. Mit der DEGEWO wurde ein Termin für Oktober vereinbart, der mit Gesobau



Foto: Herold

Wilfried Jugl kämpft für Mieterrechte

steht noch aus. »Nur mit konstruktiven Angeboten gegenüber den Gesprächspartnern können wir die Interessen der Mieter am besten vertreten« sagt Jugl.

»Unser Auftrag besteht aus mehr als nur Beratung. Wir müssen eine Lobby für die Mieter sein, um sie zum Handeln zu motivieren.« Auch die vom Berliner Senat angekündigte Gesetzesinitiative gegen Vermieterwillkür und Mietwucher sei ein Ergebnis jahrelanger Ringens der unermüdeten Aktiven des Mietervereins. »Solange ich gesund bin, werde ich mich einbringen für bezahlbare Mieten und gegen die Verdrängung der sozial schwachen Mitbewohner unserer Stadt«, hat sich Wilfried Jugl fest vorgenommen.

Matthias Herold

Here comes the sun

Eine Ausstellung für Sonnen- und Energieforscher ab 7 Jahren – vom 5. September bis 31. Oktober

Eintritt: Kinder 2,50 Euro, Erwachsene 3,00 Euro.
 Öffnungszeiten: Mo bis Fr: 9:00 bis 17:00 Uhr, Sa und So: 11:00 bis 18:00 Uhr
 In den Uferhallen, Uferstr. 8, 13357 Berlin-Wedding

Sprechzeiten im Fraktionsbüro

Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte von Berlin

Montag 16.30 – 17.30 Uhr und am 3. Mittwoch von 10–11.30 Uhr im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3, 10178 Berlin, Raum 323, Telefon: 9 01 82-45 65

Gedenkstätten in Berlin

Ort der Mahnung in Plötzensee



Gedenken beim Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg in der Gedenkstätte Plötzensee.

Auf einem Areal von 25 Hektar entstand in den Jahren 1868 bis 1879 die Strafanstalt Plötzensee – damals noch außerhalb Berlins gelegen. Der Komplex, der auch Arbeitsbaracken, ein Krankenhaus, eine Kirche und Beamtenwohnungen umfasste, war für 1200 Gefangene vorgesehen. In den aus roten Ziegeln errichteten Gebäuden sollte gegenüber den Gefangenen nicht Rache geübt, sondern Besserung bewirkt werden. Heute würden wir von Versuchen zur Resozialisierung sprechen. 1920 erfolgte die Eingemeindung, so dass die Strafanstalt nunmehr eine Berliner Einrichtung war.

Der Charakter der Einrichtung änderte sich mit dem Machtantritt der Faschisten. Ziele des Strafvollzugs waren jetzt Vergeltung, Abschreckung und die »Ausmerzungen« angeblich Minderwertiger. Zugleich fungierte die Anstalt nun auch als Untersuchungsgefängnis für politische Strafverfahren, die ab 1933 von den neu gebildeten Sondergerichten, von den politischen Strafsenaten des Kammergerichts sowie vom 1934 errichteten »Volksgerichtshof« in immer größerer Anzahl durchgeführt wurden – vorausgesetzt, die Häftlinge hatten ihre Verhaftung und die dann folgenden »Verhöre« durch die Gestapo überlebt.

Ab 1937 erfolgten die Hinrichtungen durch die Guillotine, die in einer Arbeitsbaracke aufgestellt wurde. Dort wurde 1943 zusätzlich ein Stahlträger mit acht Eisenhaken eingezogen, an denen Erhängungen vollstreckt wurden. Zu den Ersten, die auf diese Weise ermordet wurden, gehörten die Angehörigen der »Roten Kapelle«. Bis 1945 wurden in Plötzensee insgesamt 2891 Hinrichtungen vollstreckt. Die meisten waren deutsche Widerstandskämpfer, aber auch zahlreiche ausländische Gefangene wurden kaltblütig ermordet.

1952 wurde auf Beschluss des Westberliner Senats in Plötzensee eine Gedenkstätte eingerichtet, die aus Teilen der früheren Hinrichtungsbaracke sowie einer Gedenkwand als Ort der Erinnerung besteht.

Einer der antifaschistischen Helden, die in Plötzensee ihr Leben lassen mussten, war der tschechische Kommunist Julius Fučík. Noch bevor er nach Berlin zur Verurteilung durch den Volksgerichtshof und der anschließenden Ermordung in Plötzensee verschleppt wurde, schrieb er seine legendäre »Reportage unter dem Strang geschrieben«, die mit den Worten endet »Menschen, ich hatte Euch lieb, seid wachsam«. Obwohl Fučík diese Worte bereits 1943 wählte – sie könnten heute wohl kaum aktueller sein.

Denis Ruh

Bei anderen gelesen

Zuwanderer als Unternehmer und Gründer in Mitte

»Unternehmer mit Migrationshintergrund sind der Motor der lokalen Wirtschaft« sagte der Leiter der Wirtschaftsförderung Mitte, Ertrugul Tolan. Es gibt allein in Berlin mehr als 9000 türkische Unternehmen. Gleich danach kommen die Polen. Viele ethnische Gruppen, wie etwa die der Araber, sind gewachsen. Viele haben ihre Unternehmen in den Problemgebieten Wedding, Kreuzberg und Neukölln. Das zeugt nicht nur von Fleiß, sondern auch von sehr viel Risikobereitschaft. Es gibt kaum Interessengruppen. Heute unterscheiden sich die Berufswünsche der jungen Migranten gar nicht mehr von denen junger Deutscher.

»Berliner Woche«, 25. August 2010

Kinder sind besonders arm dran

Berlin ist bundesweit zum fünften Mal in Folge trauriger Spitzenreiter in Sachen Kinderarmut. Vier von zehn Berliner Kindern leben in einer Familie, die Sozialleistungen bezieht. Als Konsequenz fordert der Kinderschutzbund einen besseren Zugang zur Bildung. »Wir müssen umsteuern, Berlin geht sonst zugrunde« sagte die Vorsitzende des Landesverbandes des Kinderschutzbundes. »taz«, 16. September 2010

Bildung und Demokratie

Die Verbindung von Bildung und Demokratie ist einzigartig. Sachwissen, Berufsqualifikation ist mit jeder Gesellschaftsverfassung vereinbar, auch mit einer totalitären, politischen Bildung dagegen nur mit einer demokratischen Ordnung; denn ihr Ziel ist der mündige, aufgeklärte Bürger, der es wagt, sich seines Verstandes ohne Anleitung anderer zu bedienen. Die meisten Menschen haben mehr als genug damit zu tun, sich beruflich weiterzubilden, um sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten zu können. In der betriebswirtschaftlichen Logik ist politische Bildung mit keinem Mehrwert verbunden. Auf lange Sicht ist nur ein System stabil und friedensfähig, in dem die Menschen bei allem, was sie tun oder unterlassen, immer im Auge behalten, wie es das Gemeinwesen berührt. Politik findet nicht in einer von Beruf und Arbeitsplatz abgetrennten Sphäre statt. Sie darf nicht den Berufspolitikern vorbehalten bleiben.

Oskar Negt in »Der Spiegel«, 9. August 2010

Mein kalifornischer Gast fragte und staunte

Spazierend durch unseren Bezirk



Foto: Archiv

Der Enkel soll kommen und Berlin sehen

So viele Kinder, nie gesehene Laufräder, überall Baustellen! Berlins Aufbruch überwältigt meinen Vetter aus Kalifornien. Als die Familie aus Deutschland floh, war er Schulkind, so jung hatte er die Stadt nicht vermu-

tet. Altersgemäß verlangsamt spazieren wir durch die altneue Mitte, streifen die nordöstliche Umgebung, berlinische Architektur gefällt, neues Außen lässt nicht auf Altes im Inneren schließen und umgekehrt: Neues Mu-

seum, Komische Oper, Schlossneubau alias Humboldt-Forum. Berlin Wasserstadt, Brücken und in der Philharmonie beweist sich Raumqualität bei Strawinsky und Bartok.

Im einst königlichen Jagdrevier Tiergarten fehlen die bürgerlichen Stadtviellen und Tiere, Opernhäuser pausieren, wir fahren zum PrimeTime-Theater durch Weddings altproletarische Nebenstraßen, sehen Preußens gelbe, nach 1871 mit französischem Reparationsgeld erbaute Klinkerschulgebäude, erkunden Hofdurchgänge und Hinterhöfe. Mein Vetter versteht kein Theaterberlinisch, keine andere Off-Theater Mundart, doch das Weddinger Schreiber- alias Streberidyll deutsch-türkischer Piefig- wie Pffiffigkeit ist durch Körperwitz und Mimik ausgezeichnet. Auch im Foyer ist die Stimmung familiär, auf Straßen, Märkten, in Cafés verblüfft ihn zwei Wochen lang Sprachwirrwarr. Gibt es für Araber oder Türken Dolmetscher, wenn sie zum Arzt gehen? Deutschland von einst repräsentieren Denkmale und Stolpersteine, doch im Lustgarten versammeln sich am zweiten September Sonntag Altgewordene, die wie er die Vergangenheit schmerzlich genau erinnern.

Unter der Sonne gibt es Bücher und Debatten, bei Selbstgebackenem tauscht sich auch mein Vetter aus. Er fragt auch nach unsichtbaren Grenzen zwischen alter und neuer Mitte. Ost und West erscheinen ihm seitenverkehrt. Vergessen hatte er, dass Wetter hierzulande täglich umschlagen kann. Am Ende der Reise plant er, den Enkel als Besucher nach Berlin zu schicken. **Irene Runge**

»Zonen-Goethe contra Westerwilli«

Das Deutsche Theater macht sich »Sorgen um die Macht«

So konträr kann man dieses Land sehen: Während sich der Außenminister im Allianzpalast am Pariser Platz in Wiedervereinigungsplattitüden übt, hören wir von Hacks: Zwischen der Bundesrepublik und Polen wurde uns ein Land gestohlen. Hans Modrow neben mir schweigt dazu. Was soll er auch zu dem Stück »Die Sorgen und die Macht« sagen? Im Deutschen Theater haben es Tom Kühnel und Jürgen Kuttner (Regie) neu auf die Bühne gebracht. Das Stück, von Peter Hacks 1962 geschrieben, ist mehr als eine Liebesgeschichte, eingebettet in die Braunkohleproduktion der DDR. Max Fidorra (Felix Goeser) von der Brikettfabrik trifft auf Hede Stoll vom Glaswerk (Susanne Wolff). Er redet fleißig den Plan schön, den Betriebsleiter (Jürgen Kuttner) und Parteisekretär (Elias Arens) in seinem Rücken wissend, obwohl mit ihrer

Kohle das Glaswerk nicht arbeiten kann. Helden der Arbeit zwischen Produktion und Planlüge.

Die vom DT haben es sich mit dem widersprüchlichen Verhältnis des Autors zur DDR, der, aus München kommend, hier zu den meistgespielten deutschsprachigen Autoren weltweit wurde, nicht leicht gemacht. »Die Sorgen und die Macht« kostete nicht nur den damaligen Intendanten Wolfgang Langhoff, sondern auch Hacks den Job am DT. Aber: Berlin ist nicht Neustadt an der Dosse und Hacks ein Dichter und kein Zeitgenosse... So verlegt er danach konsequent seinen zentralen Gegenstand, die Wechselwirkung von Gesellschaft und Individuum in Bereiche der Klassik.

So wenig, wie Hacks sich von den Chefideologen der DDR vereinnahmen ließ, so wenig ließ er sich nach 1989 wenden. Das macht seine Aufnahme in das Programm des DT

verdienstvoll wie streitbar.

Hacks ist in vielem eine große Verführung, gesellschaftskritisch und intellektuell. Dennoch, das DT verweigert sich der Ostalgie. Und hat doch die alten Bonmots parat, etwa, wenn Hans-Georg Ponesky anlässlich der Einführung des zweiten Fernsehprogramms im Osten (das zugleich die Einführung des Farbfernsehens in der DDR war) mit Ulbricht telefoniert.

Hans Modrow mag sich bestätigt sehen, dass wir uns jetzt die Versäumnisse von einst vorhalten lassen können. Recht haben und alles richtig machen? Außer Westerwelle in seiner Gedenkrede zur Wiedervereinigung mag das niemand behaupten. Und trotz alledem gehört es zu den Vorzügen dieses Landes, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auch auf der Bühne möglich ist. Dabei mag man den Machern vom DT nachsehen, dass die Inszenierung mit dreieinhalb Stunden zu lang geraten ist, dass sich besonders nach der Pause gesellschaftliche Relevanz und Liebesgeschichte in einer Konfusion begegnen und der Schluss ziemlich eigenwillig daher kommt – ein Liebespaar geht dem blutroten Sonnenuntergang entgegen. **Verena Werthmüller**

Auf ein Wort Frau Senatorin!

Partizipationsgesetz geht weiter

»Das bringt nichts« sagt Mittes Bürgermeister

Mittes Bürgermeister ist sich seiner Sache ganz sicher, als er das Partizipations- und Integrationsgesetz im Rat der Bürgermeister ablehnt. Fehlende Integration sei schließlich ein soziales Problem und das werde mit dem Gesetz auch nicht gelöst.

Da ist natürlich zunächst einmal zu fragen: was ist eigentlich Integration? In Berlin heißt das erst mal nur, dass wir alles tun, um gesellschaftliche Ausgrenzung und Benachteiligung einzudämmen und umzukehren. Integration heißt, dass alle Berlinerinnen und Berliner, gleich welcher Herkunft, welchen sozialen Status oder welchen Passes gleiche Chancen und Möglichkeiten auf Bildung, auf Erwerbsarbeit, auf gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe brauchen und bekommen. Das Partizipations- und Integrationsgesetz, das ich in den Senat eingebracht habe, hat vor allem eines dieser Ziele in den Mittelpunkt genommen: die Beteiligung von Berlinerinnen und Berlinern mit Migrationshintergrund an der politischen und gesellschaftlichen Gestaltung zu stärken. Das allein scheint schon eine ungeheure Provokation all derjenigen zu sein, die meinen, Integration bedeute, Menschen mit Migrationshintergrund hätten sich der herkunftsdeutschen Gesellschaft einfach anzupassen. Sowieso kann man mal fragen, was das eigentlich

heißen soll: Bratwurst und Mohnpielen statt Döner und Spaghetti? Das ist schon längst nicht mehr kulinarische Realität auch der herkunftsdeutschen Gesellschaft. Schupplatter statt Hiphop? Kreuz statt Kopftuch? Unsere Gesellschaft ist längst vielfältig und hat sich entsprechend verändert. Aber unsere Institutionen, Ämter sind noch viel deutlicher als unsere Bevölkerung, deshalb wollen wir das mit dem neuen Gesetz verändern. Interkulturelle Öffnung heißt das Stichwort: Mehrsprachigkeit z.B. oder gute Kenntnisse unterschiedlicher Kulturen und Religionen sollen künftig auch als Qualifikationen gelten, wenn es um Einstellungen in den öffentlichen Dienst geht. Und das gilt für alle: junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Wir setzen mit unserem Gesetz sicher einen Kontrapunkt zu der herrschenden Debatte um Integration als Anpassungszwang. Wir setzen darauf, Rechte zu stärken und damit weitere Wege zu gesellschaftlicher Integration zu öffnen. Und wir werden dieses Gesetz auch ohne die Stimme des Bürgermeisters von Mitte im Dezember verabschieden.



Carola Bluhm
Senatorin für Integration,
Arbeit und Soziales

Einander besser kennen lernen

Vereine in Mitte

In diesem Sommer habe ich mir vorgenommen, die im Bezirk Mitte ansässigen Vereine näher kennen zu lernen. Gleichzeitig beabsichtigte ich, sie über unsere Politik auf Landes- und Bezirkspolitik zu informieren. Vorab muss ich auch sagen, dass dieses Vorhaben von den Organisationen sehr positiv angenommen worden ist, die ich angesprochen hatte. Mit dieser Ausgabe möchte ich über einen Verein informieren, der auch Paradebeispiel dafür ist, dass die Gemeinwesenarbeit trotz allen Schwierigkeiten gut gelingen kann. So war es bei meinem Besuch im SprengelHaus und dem kommunalen Forum Wedding e. V.

Auf Initiative des Quartiersmanagements Sparrplatz gründeten 2001 gemeinnützige Organisationen und lokale Gewerbetreibende den Verein Gemeinsam im Stadtteil

(GIS e. V.), um ein interkulturelles Gemeinwesenzentrum mit Gesundheitsförderung – das spätere SprengelHaus – aufzubauen, zu betreiben und auf diese Weise einen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation im Sprengelkiez zu leisten. Der Verein ist Mieter von Räumlichkeiten in der Sprengelstr. 15 mit über 900 Quadratmeter Fläche, und stellt diese Räume interessierten Nutzern für Aktivitäten, wie etwa Eltern-Kleinkind-Kurse oder Kurse für Babysmassage, oder auch Angebote vom kommunalen Forum Wedding zu Ausbildung bzw. Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung. Erwähnenswert sind die Begegnungsmöglichkeiten unterschiedlicher Kulturen und Religionen im Nachbarschaftsladen. Er führt monatlich einen offenen Treff bzw. Kiezrat durch, bei dem jeder Kiezbewohner seine Anliegen zum Ausdruck bringen kann und gemeinsam über das weitere

Politische Bildung

Sonnabend, 9.10.2010, 10 bis 18 Uhr

Planwerk Innenstadt

Bustour mit Dr. Thomas Flierl und Michaela Klingberg

Im Herbst wird der Senat einen neuen Beschluss zum Planwerk Innenstadt fassen, der den Beschluss von 1999 ablöst. Die Bustour erläutert anhand folgender Orte (mit anschaulichem Kartenmaterial) den aktuellen Stand der Debatte: Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt, Rathausforum, Fischerinsel, Mehringplatz und Ernst-Reuter-Platz.

Voranmeldung erbeten

unter Tel. 47 53 87 24,

Teilnahmebeitrag:

15 Euro (mit Mittagessen)

Dienstag, 19.10.2010, 10 Uhr,
Karl-Liebknecht-Haus

Wer zahlt die Krise?
Wer sollte zahlen?

Mit Prof. Dr. Christa Luft;

Moderation: Brigitte Semmelmann

26.10.2010, 19 Uhr, Allmende e.v.,
Haus alternativer Migrationspolitik und
Kultur, Kottbusser Damm 25/26

Parallelgesellschaften:
Produktion sozialer
Ungleichheiten mittels Schule

Mit Meinhard Meuche-Mäker,

Erwin Riedmann;

Moderation: Christina Kaindl

Vorhaben diskutiert bzw. eine Entscheidung getroffen werden kann.

Vereine oder Bildungsträger, aber auch lokale Gewerbetreibende arbeiten unter dem Dach GIS e. V. sehr eng zusammen, damit die Angebote eine höhere Qualität haben und Erfahrungen und Fachkenntnisse miteinander ausgetauscht werden können.

Im SprengelHaus wird am 22. Oktober ab 15 Uhr das zehnjährige Jubiläum der Stadtteilgenossenschaft Wedding e G gefeiert, die unter dem Motto »soziale Verantwortung im Handwerk« ihre Dienstleistungen anbietet. Hier möchte ich meine herzlichen Glückwünsche an die Mitglieder der Genossenschaft zum Ausdruck bringen und allen empfehlen, das SprengelHaus zu besuchen.



Foto: Archiv

Kadriye Karci

Mitglied im Berliner
Abgeordnetenhaus

Das ist das Letzte

Der letzte Umzug per Kran im Zentrum betraf die Herren Marx und Engels. Ihr Stammplatz unweit des Fernsehturms ist von einem »Maulwurf« bedroht. Das kennen die beiden. Früher war es der Geheimdienst heute ist es die Fräse für die Kanzler-U-Bahn.

Das ist der wichtigste Grund bei allen ihren Umzügen, denn das Projekt ist ebenso teuer wie nutzlos. Engels mahnte 1886, dass »alles, was den Menschen bewegt, zuerst durch den Kopf hindurch muss. Die Erfinder der U5 haben diesen »Umweg« wohl vermieden.

Was mir an diesem Denkmal so gefällt, ist über alle Wendejahre hinweg die Pilgerschar der Gleichgesinnten und Sympathisanten. Deren Kinder klettern den Riesen auf die Schultern und streicheln ihre Hände. Das zählt heute doppelt, denn kaum ein Geschichtsbuch macht sie zum Vorbild. Marx und Engels wussten schon 1847: »Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.«

In diesen Wochen streitet man um die Ideen des Herrn Sarrazin. Dessen sozialdarwinistische Logik und bräunliche Rassentheorie macht die ausländischen Mitbürger für alle sozialen Missstände haftbar. Wenn er Marx und Engels gefragt hätte, hätten die gesagt:

»Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muss man die Umstände menschlich bilden.« Denn: »Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol...« Auf ihrem neuen Standort blicken Marx und Engels – statt nach Osten, nunmehr nach Westen. Sie werden trotzdem die speziellen Nöte des Osten nicht aus den Augen verlieren, weil sie sagten: »Wollte man ein Ochse sein, könnte man den ganzen Menschheitsqualen den Rücken zukehren.« Sinngemäß ergänzt: Die Sarrazins haben Zustände nur verschieden interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie zu verändern!

Arthur Paul

Impressum

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337, E-Mail-Adresse: info@dielinke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz: sternberg media

Druck: Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallellität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 17.9.2010

Ausgabetag für Nr. 11/10 – 4.11.2010

mittendrin · 10 / 2010

Marx-Engels-Denkmal in neuer Aufstellung

Seit Jahren hat schon die BVG ihr Auge auf die befestigte Fläche des Marx-Engels-Denkmal geworfen: Hier sind Baustelleneinrichtungen für die U 5 geplant. Bereits als Baustadtrat in Mitte (1998 - 2000) hatte ich mich, damals allerdings noch erfolglos, beim Senat dafür eingesetzt, die Pläne der BVG zum Umgang mit dem Marx-Engels-Denkmal während des U-Bahnbaus abzuändern.

Zwar hatte die BVG nicht die vollständige Abräumung der Denkmalanlage vorgeschlagen – die Figurengruppe von Marx und Engels von Ludwig Engelhardt sollte hinter einem labyrinthischen Bretterzaun in nur geringem Abstand zu besichtigen bleiben – aber alle anderen Elemente des Denkmalensembles (das Marmorrelief von Werner Stötzer, die Fotostelen von Arno Fischer, Peter Voigt u.a. und die Bronzereliefs von Margret Middell) sollten eingelagert werden. In völliger Ignoranz gegenüber dem mehrteiligen Kunstwerk meinte man, wenn Marx und Engels am Orte blieben, sei dem Denkmal während des jahrelangen U-Bahnbaus Genüge getan. Eine ähnliche Reduktion vollzogen auch Hans Stimmann und Bernd Albers, als sie kürzlich ihren Vorschlag zur Bebauung des Raumes zwischen Spree und Alexanderplatz als nachgebauter Alt-Stadt vorschlugen und dabei die Figurengruppe von Marx und Engels (ohne die anderen

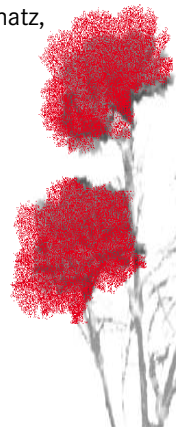
Elemente) auf einen klitzekleinen »Marx-Engels-Platz« stellten, um so aus ihnen endgültig Max und Moritz zu machen. Dabei war selbst in der Senatskommission zum Umgang mit den politischen Denkmälern der DDR in den 1990er Jahren stets die künstlerische Qualität der Anlage sowie der Konzeptcharakter dieses Denkmals (historische Personen in der Spannung von Vergangenheit und Zukunft, von Theorie und Praxis) im Unterschied zu den sowjetischen Monumentalplastiken der Heroen Lenin (Tomski) und Thälmann (Kerbel) hervorgehoben worden.

Was vor mehr als zehn Jahren vom Senat abgelehnt wurde, ist nun gelungen. Gemeinsam mit dem Architekten des Marx-Engels-Denkmal Peter Flierl hatte ich mich an Senatorin Junge-Reyer gewandt. Mein Onkel entwarf eine verkleinerte und sinnwahrende Aufstellung der Denkmalsanlage, die beteiligten Künstler willigten ein, Friedrich Nostitz übernahm wiederum die Bauleitung für die Umsetzung. So bleibt das Denkmal am Ort erhalten und kann in die spätere Neugestaltung des »Rathausforums« zwischen Spree und Alex als »grüngeprägter öffentlicher Stadtraum« (Beschluss des Abgeordnetenhauses) einbezogen werden. Die verkleinerte Aufstellung mag sich bewähren, das Denkmal sollte aber später wieder in die Sichtachse zum Fernsehturm gerückt werden.

Thomas Flierl, MdA

Wir gratulieren im Oktober zum Geburtstag!

- Zum 91.** Gerda Gadow
- zum 85.** Anneliese Dohnert
- zum 84.** Karl-Heinz Elsen, Hannelore Schiller
- zum 83.** Erika Jahnke, Peter Knoll, Eberhard Mannschatz, Irene Schwabe, Ruth Schütze
- zum 82.** Willi Reck
- zum 81.** Werner Butter, Joachim Dunst
- zum 80.** Renate Jarmatz, Horst Pargmann, Margot Sedlaczek
- zum 70.** Lieselotte Gruner, Gerd Lange



Norbert Wagenbrett Das andere Selbst

**Malerei und Grafik
Ausstellung bis 6. November 2010**

Poll Galerie, Anna-Louisa-Karsch-Str. 9, 10178 Berlin

Zeitgleich im Schaulager im Heizhaus der Kunststiftung Poll, im Hof der Gipsstr. 3, 10119 Berlin:

Norbert Wagenbrett – Zyklus zur Geschichte der Sowjetunion, 1990
Ausstellung noch bis 20. Oktober 2010

Herzlich Willkommen!

Unsere Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE. Bezirksverband Berlin-Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 / 24 009 - 33 6
Fax: 030 / 24 009 - 33 7
können Sie Montag bis Mittwoch in der Zeit von 9.00 bis 16.30 Uhr, Donnerstag bis 19.00 Uhr und Freitag bis 14.30 Uhr erreichen.